



LANDTAGS NOTIZEN

## Sonntagsvergnügen statt Arbeit

Münchens Erzbischof Reinhard Marx hat sich darüber beklagt, dass die christlich-liberale Koalition in Bayern den Tag des Herrn für ihre Koalitionsrunden nutzt. Der Sonntag solle von politischen Terminen freigehalten werden, mahnte Bayerns oberster Katholik. Ministerpräsident Horst Seehofer kann solche Kritik nicht verstehen. „Niemand von uns hat das als Arbeit empfunden“, berichtete der Regierungschef über das jüngste Treffen der Koalitionsspitzen mit gut gespielter Enttäuschung. „Das waren vier Stunden entspannter Unterhaltung.“ Wer's glaubt, wird selig. Aber dafür ist ja Marx zuständig. (jum)

## Erinnerung an Lemkes Ratespiel

In der Debatte um das künftige Rauchverbot hat der Freie Wähler Michael Piazzolo seine 15-minütige Redezeit weidlich ausgenutzt, um um den heißen Brei herum zu reden. Er bemühte manch schöne Wortgirlande, den Standpunkt der Freien Wähler blieb er aber schuldig. Die Grüne Theresa Schopper fühlte sich darob an Robert Lemkes legendäre Rate-Show „Was bin ich?“ erinnert. Die Parteifreien, konstatierte Schopper, machten Politik nach der berühmten Lemke-Frage „Welches Schweinderl hätten's denn gern?“. Mit Fraktionschef Hubert Aiwanger haben die Freien Wähler jedenfalls einen an der Spitze sitzen, der sich da auskennt. Er hat zu Hause einige Dutzend Schweine im Stall stehen. (jum)

## Olympia-Pisten im Bayerischen Wald

Der Passauer CSU-Abgeordnete Konrad Kobler will die alpinen und nordischen Wettbewerbe der Winter-Olympiade 2018 in den Bayerischen Wald holen. Nachdem vor allem in der Co-Ausrichterstadt zur Münchner Bewerbung, in Garmisch-Partenkirchen, von „olympischer Euphorie“ nicht viel zu spüren sei, könne doch die schneesichere Region zwischen Arber und Dreissessel die Sportler aus aller Welt willkommen heißen, so Kobler. Wenn sie nicht wollten, müsse man den Oberbayern das Projekt ja nicht unbedingt aufzwingen. (jum)

# „Paukanstalt Gymnasium“

Lehrerverband fordert am G8 die Einführung eines alternativen neunjährigen Schulstrangs

München. (jum) Der Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV), Klaus Wenzel, hat der bayerischen FDP vorgeworfen, keines ihrer im Landtagswahlkampf 2008 formulierten bildungspolitischen Ziele erreicht zu haben. „Schulpolitisch haben wir immer noch eine CSU-Alleinregierung“, sagte Wenzel in München.

Selbst die auf Betreiben der Liberalen als Modellprojekt durchgesetzten Kooperationschulen hätten sich als „Rohrkrepierer“ erwiesen. Von 13 Pilotschulen seien nur noch neun übrig. Eine pädagogische Fortentwicklung finde dort nicht statt, die Durchlässigkeit zwischen Haupt- und Realschule sei nicht besser geworden, so Wenzel.

Zum Scheitern verurteilt ist laut Wenzel auch die Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU) forcierte Weiterentwicklung der Haupt- zur Mittelschule. „Das wird nicht nachhaltig funktionieren“, sagte Wenzel voraus. Er könne keinen Qualitätsunterschied zur bisherigen Hauptschule

ausmachen, weil der angebotene Mittlere Abschluss dem der Realschule nicht gleichwertig sei. Zudem drohe dem „holterdipolter“ eingeführten Schultyp mangels ausreichender Vorbereitung das Schicksal des G8. Sieben Monate vor dem offiziellen Startschuss gebe es weder eine gesetzliche Grundlage, noch Ausführungsbestimmungen oder eine gesicherte Finanzausstattung. Die Schulleitungen seien mit dem Umstellungsprozess überfordert und müssten entlastet werden.

Bei den unter einem hohen Leistungs- und Notendruck leidenden Gymnasien sprach sich Wenzel gegen eine generelle Abkehr vom G8 aus. Dringend nötig seien aber pädagogische Fortentwicklungen, um derartigen Vermittlung von reinem Faktenwissen entgegenzuwirken. „Das heutige Gymnasium ist keine Bildungseinrichtung mehr, sondern zu einer Paukanstalt verkommen“, sagte Wenzel. Parallel zum G8 plädierte Wenzel für die Einführung eines neunjährigen Schulstrangs als „vollwertige Alternative“ mit abschließendem Abitur für „Schüler, die etwas mehr Zeit brauchen“. Einzelheiten dazu will der BLLV-Präsident in wenigen Wochen vorstellen.



Die Streichung des G8 wird nicht kommen. BLLV-Vorsitzender Klaus Wenzel fordert aber einen alternativen neunjährigen Zweig. Archivbild: Hartl

## Meierhofer mahnt die CSU

Regensburger FDP-Bundestagsabgeordneter fordert mehr Teamgeist in Koalition

Weiden. (ska) Der Regensburger FDP-Bundestagsabgeordnete Horst Meierhofer sieht die Lage der Berliner Koalition „nicht so schlecht, wie sie manchmal dargestellt wird“. Im Gespräch mit unserer Zeitung ermahnt er aber die CSU, sich an den Koalitionsvertrag zu halten. „Da ist die Zusammenarbeit schon schwierig, und es fragt sich, ob sie sich damit selbst einen Gefallen tut.“

In einem Regierungsbündnis müsse man halt Kompromisse schließen, ohne Teamgeist gehe es nicht. Ein einigtes Auftreten würde ein positiveres Bild der Regierungsarbeit vermitteln.

### Festhalten an Steuerreform

Die FDP halte an dem Vorhaben einer Steuerreform fest, das habe sie im Wahlkampf versprochen. Die Steuersätze müssten niedriger sein und das Aufkommen gerechter gestaltet werden. Die Grundfrage sei natürlich, wie die Gegenfinanzierung aussehe, dafür solle zügig ein Konzept entwickelt werden. „Wir wollen schließlich, dass der Staat weniger kostet“, meint Meierhofer und ergänzt: „Da muss auch die CSU daran mitarbeiten.“



Horst Meierhofer. Bild: Hartl

Den Vorstoß des Bundesumweltministers Norbert Röttgen zur Atomenergie nennt Meierhofer „nicht grundsätzlich falsch“. Auch die Liberalen seien ja der Meinung, dass die Kernkraft nur eine Brückentechnologie sei, auch sie setzten auf erneuerbare Energien, die Frage sei, wie viel sie künftig zur Energieversorgung beitragen könnten. Die zusätzlichen Gewinne der Konzerne durch die Verlängerung der Laufzeiten von Atommeilern könne für den Staat abge-

schöpft werden, allerdings dürfe darunter nicht die Sicherheit leiden. „Aber das steht doch alles im Koalitionsvertrag“, betont der FDP-Bezirksvorsitzende, „und außerdem ist doch klar, dass wir nicht innerhalb von drei bis fünf Jahren alle Kernkraftwerke abschalten können.“

### Warten auf Wahl in NRW

Noch sei die CO<sub>2</sub>-Abscheidung bei Kohlekraftwerken nicht genügend erforscht, außerdem gebe es hier ein Akzeptanzproblem: „Das Zeug muss ja irgendwo in den Erdboden hinein, und das können wir nicht an der Bevölkerung in den eventuell betroffenen Gebieten vorbei machen.“

Natürlich plädiert Meierhofer für eine Fortsetzung der schwarz-gelben Koalition in Nordrhein-Westfalen. Aber niemand wisse, ob es am Wahltag dann dafür reiche: „Da sind noch 100 Tage hin, und wir wissen ja alle, was in 100 Tagen alles passieren kann“. Vieles hänge sicher von der Bundespolitik ab, ob aber der Wähler in NRW dann im Mai bei seiner Entscheidung eher die Bundes- oder der Landespolitik beurteile, stehe in den Sternen.

## Hilfe im Kampf gegen Biber und Kormoran

Freie-Wähler-Landtagsabgeordnete Ulrike Müller: Viel Verständnis für Teichwirte, etwas weniger für Milchbauern

Weiden. (duf) Sie kommt aus dem Allgäu, bei ihrem Besuch in der Nordoberpfalz kümmert sich Landtagsabgeordnete Ulrike Müller aber um das flache Land. Genauer gesagt um die Tirschenreuther Teichwirtschaft, die unter immer mehr Bibern und Kormoranen zu leiden hat. „Als Landwirtin stehe ich voll hinter den Teichwirten“, sagt Müller vor einem Rundgang an den Weihern im Gespräch mit unserer Zeitung.

bänden als „Vogel des Jahres“ gefeiert, ist er bei den Teichwirten als eifriger Fischfresser nicht gerne gesehen. Auch hier stärkt Müller den Teichwirten den Rücken: „Das Tier gehört in diesen Mengen nicht hierher.“ Ein Landtagsbeschluss vom Mai 2009 weitete deshalb bereits die Abschussmöglichkeiten aus. „Ich hätte den Nestbau aber gerne noch massiver verhindert“, sagt Müller. Doch gegen den Willen der Regierung sei das nicht möglich gewesen.

Überhaupt sieht sie die Gestaltungsmöglichkeiten der Freien Wähler im Landtag als eingeschränkt an. „Wir haben gute Ideen und hervorragende Anträge. Doch CSU und FDP lehnen letztere regelmäßig ab, nur um sie einige Zeit später in abgewandelter Form selbst einzubringen“, fasst Müller zusammen. Vielleicht mit ein Grund, dass die Freien Wähler in der Wählergunst auf nur mehr sechs Prozent abgerutscht sind? „Wir haben es nicht geschafft, unsere Themen in der Öffentlichkeit zu präsentieren“, räumt Müller ein. Trotzdem will sie bei der Sachpolitik bleiben.



Ich hätte den Nestbau der Kormorane gerne noch massiver verhindert. Ulrike Müller, Landtagsabgeordnete der Freien Wähler

Denn Partei-Gezänk komme beim Wähler nicht gut an. „Wenn wir uns wie im Kindergarten benehmen, führt das zu Politikverdrossenheit.“

### Privatmolkereien als Vorbild

Doch Müller scheut sich auch nicht davor, sich bei einigen Wählergruppen unbeliebt zu machen. Zum Beispiel bei den Milchbauern. „Ob es die Landwirte glauben oder nicht, der Markt bestimmt den Preis“, sagt sie zu den Klagen über den geringen Milchbasispreis. „Es war ein Trugschluss der Bauern, zu glauben, mit dem Erwerb der Quote einen Besitz zu bekommen.“

Wer sich auf das bloße Abfüllen von Milch konzentrierte, sei immer abhängig vom weltweiten Markt – „und der schwankt“. Müller rät, viel mehr Energie in Produkt- und Verpackungsentwicklung zu stecken. Die Privatmolkereien würden es vormachen. „Keiner braucht einen Joghurt mit Ecke“, spielt sie auf ein Müller-Produkt an. „Aber er wird gekauft wie wild.“

### KURZ NOTIERT

#### Kritik an Sparplan für Solarenergie

Wernberg-Köblitz. (nt/az) „Die schwarz-gelbe Bundesregierung ist auf dem besten Weg, zugunsten ihrer Klientelpolitik die deutsche Technologieführerschaft im Bereich der erneuerbaren Energien aufs Spiel zu setzen“, kritisiert die Bundestagsabgeordnete Marianne Schieder aus Wernberg-Köblitz (Kreis Schwandorf) die geplante Kürzung der Vergütung für Strom aus Photovoltaikanlagen. Welche verheerende Folgen diese Planungen mit sich bringen würden, zeigten derzeit eine ganze Flut an Zuschriften aus dem Wahlkreis. Viele Bürger, so Schieder, forderten dabei eine Beibehaltung der bisherigen Vergütungsregelung.

#### Forderung nach Reform des Zölibats

Würzburg/Hammelburg. (dpa) Nach der Suspendierung eines katholischen Pfarrers wegen Missachtung des Zölibats haben Christen erneut den Würzburger Bischof Friedhelm Hofmann zu Reformen aufgefordert. Hofmann solle sich in der Bischofskonferenz für eine Weiterbeschäftigung der Priester in der Seelsorge einsetzen, die wegen der Entscheidung für Ehe und Familie suspendiert worden seien. Darüber hinaus solle der Bischof an Reformen für den freiwilligen Zölibat mitwirken. Ein Sprecher Hofmanns bekräftigte, der Bischof halte am Zölibat fest.

#### SPD: Mehr Geld für Nordostbayern

Bad Berneck. (dpa) Beim kommunalen Finanzausgleich muss nach Meinung der SPD die demografische Entwicklung strukturschwacher Gebiete stärker berücksichtigt werden. Die bisherige Berechnung nach der Einwohnerzahl führe dazu, dass Gemeinden mit rückläufiger Bevölkerungsentwicklung insbesondere im Nordosten Bayerns auch weniger Geld vom Staat bekämen, erklärte der SPD-Landtagsabgeordnete Christoph Rabenstein am Montag in Bad Berneck (Kreis Bayreuth). Damit spitze sich die ohnehin schon schlechte finanzielle Lage der betroffenen Kommunen weiter zu.